Jens Flemming: Konservatismus in der Diaspora

Die Zeitschrift Nord-West als Organ der Deutsch- und Freikonservativen in Schleswig-Holstein*

*Für mannigfache Hinweise und Hilfe danke ich Pauline Puppel, Uwe Puschner und Dirk Stegmann.

Die Ausgangslage. Die Provinz Schleswig-Holstein war keine Hochburg der Konservativen: weder unmittelbar nach der Angliederung an Preußen noch in der Spätphase des Kaiserreichs. Dass sie hier „keine größere Bedeutung" hatten, ist einhellige Meinung der Forschung[1], aber noch nicht im Einzelnen untersucht worden. Diesem Mangel abzuhelfen, ist nicht das Ziel der folgenden Abschnitte. Wohl aber bieten sie am Beispiel der Halbmonatsschrift „Nord-West" eine Rekonstruktion der regionalen konservativen Pressepolitik, analysieren thematische Schwerpunkte und Formen des Selbstverständnisses, registrieren Ressentiments und beobachten im Krieg Prozesse der Radikalisierung, die als Vorstufe der nach der Novemberrevolution ins Leben gerufenen Deutschnationalen Volkspartei gelten können.

Seit dem Fall des Sozialistengesetzes erlebte die Sozialdemokratie – abgesehen von der Delle im nationalistisch aufgeladenen Wahlkampf 1907 – einen unaufhaltsamen Aufstieg. Bei den Reichstagswahlen steigerte sie ihre Stimmanteile von 32,2 Prozent im Jahr 1890 auf 40,4 Prozent im Jahr 1912. Wegen des Mehrheitswahlrechts und der gegen die SPD gerichteten Stichwahlabkommen ließen sich die Gewinne an der Wahlurne allerdings nicht proportional in Reichstagsmandate ummünzen. 1912 errangen die Sozialdemokraten nur zwei Sitze: in den städtisch geprägten Wahlkreisen Altona-Stormarn und Kiel. Neben der proletarischen Linken behauptete sich im bürgerlichen Lager allein die linksliberale Freisinnige Volkspartei, deren Ergebnisse zwischen 1890 und 1912 mit knapp 30 Prozent stabil blieben. Ihre weiter rechts angesiedelte nationalliberale Konkurrenz verlor im selben Zeitraum einen Teil ihrer Wähler und fiel von 19,8 auf 14 Prozent. Gegen diese Resultate nahmen sich die der Konservativen kläglich aus. Deutsch- und Freikonservative sowie die aus heterogenen, nicht zuletzt aus antisemitischen Elementen gespeiste Wirtschaftliche Vereinigung kamen zusammen auf etwas über zehn Prozent, wobei die Deutschkonservativen mit 5,4 gegenüber 3,0 respektive 1,9 Prozent in der Vorhand blieben. Gemessen an den errungenen Mandaten war 1912 der eindeutige Gewinner in der Provinz der Freisinn, der wesentlich von einem mit der SPD getroffenen Wahlbündnis in der Stichwahl profitierte. Von den zehn schleswig-holsteinischen Wahlkreisen eroberte er acht, das rechte Lager ging gänzlich leer aus. Als exemplarisch dafür kann Oldenburg-Plön gelten. Hier erhielt Gustav Roesicke, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, der auf dem Fahrschein der Deutschkonservativen kandidierte, im ersten Durchgang 7857 Stimmen, unterlag dann aber in der Stichwahl mit 8812 gegen 10 809 dem freisinnigen Konkurrenten Wilhelm, der auf das Votum der sozialdemokratischen, zum Teil offenbar auch der nationalliberalen Wähler rechnen konnte. Den Hauptanteil ihrer Klientel rekrutierten die Konservativen in den ländlichen Wahlbezirken. In den Ortschaften mit

1 Jürgen Ibs, Politische Parteien und Selbstverwaltung in der Provinz Schleswig-Holstein bis zum Ersten Weltkrieg (Geschichte Schleswig-Holsteins 8.1.2), Neumünster 2006, S. 154.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 106

10 000 Einwohnern und mehr rangierten die Deutschkonservativen mit 0,8 und die Freikonservativen mit 2,1 Prozent am unteren Ende der Skala, im Vergleich mit dem Freisinn (35,1 Prozent) und der Sozialdemokratie (48,9 Prozent) ihre strukturelle Schwäche, vor allem ihren Mangel an Attraktivität in den urbanen Milieus offenbarend.[2] „Wir wohnen nun in einem roten Schleswig-Holstein", hieß es bei den Konservativen, die gewöhnlich den Linksliberalismus mit der Sozialdemokratie in einen Topf warfen.[3]

Wegen des Dreiklassenwahlrechts, das die besitzenden Schichten begünstigte, lagen die Dinge im preußischen Abgeordnetenhaus anders. Hier dominierten die Liberalen und die Konservativen, die Sozialdemokraten hatten das Nachsehen und konnten keinen ihrer Leute platzieren. Zum letzten Mal vor dem Krieg wurde am 16. Mai (Urwahlen) und am 3. Juni 1913 (Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner) abgestimmt. Dabei konnten die Konservativen beider Richtungen ihre Positionen halten, nicht jedoch ausbauen. Aufgestellt hatten sie in den 19 Wahlbezirken elf Kandidaten, davon zwei der deutschkonservativen und neun der freikonservativen Richtung zugehörig. Fünf waren adelig, darunter der Geschäftsführer der Partei in Berlin Otto von Dewitz, der zwischen 1886 und 1892 als Landrat in seinem Wahlkreis, dem ostholsteinischen Oldenburg, amtiert hatte, mittlerweile aber – als einziger – nicht mehr ansässig war in der Provinz. Bis auf den Wahlbezirk Segeberg, wo Joseph Graf von Baudissin-Borstel den bisherigen Abgeordneten A. Wendroth ablöste, wurden alle bisherigen Mandatsträger wiedergewählt, was auf ein gewisses Maß an Stabilität und Kontinuität schließen lässt. Mehrheitlich waren sie Agrarier: Vier waren Großgrundbesitzer und drei Landwirte (Guts- oder Hofbesitzer), ferner zwei Landräte, ein Amtsvorsteher und ein Rentner. Diese Mandatsverteilung steht spiegelbildlich für die sozialen Schwergewichte des Konservatismus im späten Kaiserreich. Veränderungen oder gar die Bereitschaft dazu lässt sie nicht erkennen.[4]

Gründungszeiten: Partei und Zeitung. Die Landtagswahlen hätten „im allgemeinen" den erwarteten Verlauf genommen, kommentierte die konservative Presse, um sogleich kritisch hinzuzufügen: „Eine Verschiebung in den Parteiverhältnissen des Abgeordnetenhauses hat nicht stattgefunden" oder mit anderen Worten, das „Zusammengehen mit den Nationalliberalen" habe nur den „vorherigen Bestand" sichern können, das heißt, die Front gegen eine Reform oder gar eine Demokratisierung des Dreiklassenwahlrechts sei nicht gekräftigt worden.[5] Das war für die Konservativen insofern enttäuschend, als durch den Linksruck bei den Reichstagswahlen von 1912 diejenigen Kräfte, die dafür eintraten, im Aufwind waren. Betrüblich sei der Ausgang in Kiel und Altona, wo man „bei allen bürgerlichen Parteien eine fast unbegreifliche Lässigkeit" an den Tag gelegt habe. In Pinneberg hatte zwar Otto Graf von Moltke die Nase vorn, aber doch einen Verlust an Stimmen hinnehmen müssen. Die unterlegenen Kandidaten des Freisinns und der Sozialdemokratie hatten näm-

2 Zahlen nach: Die Reichstagswahlen von 1912 (Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 250,2), Berlin 1913, S. 26 ff. und 89f. sowie Bd. 250,3, S. 114 f. Vgl. ferner die Tabelle bei Gerhard A. Ritter und Merith Niehues, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 76 sowie Dirk Stegmann: Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein 1017-18, in: Demokratische Geschichte 20, 2009, S. 41-75, hier S. 42-47.

3 Nord-West (fortan NW) Nr. 3 vom 10.12.1912 (Die Wahlen zum Abgeordnetenhause).

4 Die Daten finden sich in: NW Nr. 8 vom 27.4.1913 (Kandidaten zur Landtagswahl) sowie Nr. 13 vom13.7.1913 (Das Ergebnis der Landtagswahlen).

5 NW Nr. 11 vom 8.6.1913 (Ausland und Inland).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 107

lich zusammengenommen 29 Wahlmänner mehr auf sich vereinigt. Im Lager der Konservativen stellte man daraufhin die Existenzberechtigung der „Nationalen Wahlvereine“ in Frage, in denen sie sich gemeinsam mit den Liberalen beider Richtungen von Fall zu Fall über Kandidaten und Wahlkampfführung zu verständigen pflegten. Sie hätten ihre Schuldigkeit getan, solange es darauf angekommen sei, „alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammenzufassen“. Nun jedoch habe der Freisinn das „Band ein für alle Mal gesprengt“. Auch die Nationalliberalen hätten bereits gesonderte Wahlvereine ins Leben gerufen. Die Konsequenz für die Konservativen lautete, sich das „Recht und die Pflicht“, Kandidaten aus dem eigenen Lager ins Rennen zu schicken, von niemandem mehr streitig machen zu lassen: womöglich ein kleiner Fingerzeig auch an die Adresse der Nationalliberalen, dass man im Zweifel allein antreten könne. Dies meinte indes nicht, die Kooperation prinzipiell in Frage zu stellen. Immerhin jedoch war bereits in Plön der dortige nationale Wahlverein aufgelöst worden, und zwar „schiedlich-friedlich“ unter Zustimmung der Konservativen wie der Nationalliberalen.[6]

In Schleswig-Holstein marschiere die sozialdemokratische Parteiorganisation an der Spitze des Reichs, war Anfang Oktober 1912 zu lesen, neun Monate nach den Wahlen vom 12. Januar. Die Mitgliederzahl habe sich binnen eines Jahres, von 1911 auf 1912 um gut 13 Prozent, von 44 690 auf 50 630 erhöht. Von einhundert ihrer Wähler gehörten „beinahe 40 einem sozialdemokratischen Verein an.“ Auch auf dem flachen Land schreite die Bewegung „langsam, aber stetig“ voran. Ein Indiz für gesteigerte Aktivitäten und gestiegene Resonanz seien zahllose Flugblätter und Flugschriften, ferner die vielen Genossen, die das Parteiblatt abonniert hätten. Diese Daten, entnommen aus einschlägigen Berichten der Sozialdemokratie, dienten der Aufrüttelung, sollten die Konservativen animieren, es nicht allein bei guten Vorsätzen zu belassen, sondern energisch zur Tat zu schreiten, ihre Organisationen zu kräftigen, die Aufklärungsarbeit zu verstetigen und nicht nur in Wahlzeiten hervorzutreten. Auf ihre vermeintlich „gute Sache“ allein jedenfalls sollten sie nicht länger bauen.[7]

Dies konnte zugleich als Appell gelesen werden, die vor Jahresfrist begonnen Politik der Sammlung nicht wieder einschlafen zu lassen. Im Januar 1911 nämlich hatte in Altona eine Vorbesprechung stattgefunden, die im Februar in die Gründung des „Verbandes der Deutsch- und Freikonservativen der Provinz Schleswig-Holstein“ gemündet war. Die Satzung versprach, die Anhänger beider Richtungen sowie die ihnen noch nicht angehörenden „rechtsstehenden“ Männer unter ein und derselben Fahne zu vereinen. Das Unternehmen stehe „mit Entschiedenheit auf christlicher, monarchischer und vaterländischer Grundlage“. Als Gegner wurden „jede Art der Demokratie“, die SPD und all jene identifiziert, die diese in welcher Art auch immer „begünstigen“. Gemeint war damit die Freisinnige Volkspartei. Unverkennbar war ein ausgeprägt agrarischer Ein-

6 NW Nr. 10 vom 25.5.1913 (Blüten und Früchte aus der Wahlbewegung, hier der Abschnitt: Die Wahlen in Schleswig-Holstein). Zu den Kräfteverhältnissen in der Provinz nach den Wahlen von 1912 und 1913 vgl. Stegmann, Vaterlandspartei, S.42-47.

7 NW Nr. 1 vom 6.10.1912 (Rot rostet nicht).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 108

Bild rechts:
„Für Freund und Feind". Titelblatt der Zeitschrift Nord-West vom 6.10.1912.
Bildherkunft: Universitätsbibliothek Kiel, Signatur Z 2

schlag, denn als einzige wirtschaftspolitische Maxime wurde der Kampf gegen das „Freihändlertum" ausgerufen.[8] Kein Zufall war daher, dass im Vorstand der protektionistisch eingestellte Großgrundbesitz dominierte. Vier der neun Mitglieder waren Gutsherren, hinzu kam mit dem Hofbesitzer Th. Magens ein weiterer Vertreter der Landwirtschaft.[9] Den Vorsitz teilten sich der deutschkonservative Franz Graf von Waldersee auf Neverstorf, der über 2000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche gebot[10], und der freikonservative Anwalt Justizrat Ernst Bokelmann aus Kiel, ein überzeugter Bismarckianer, der im März 1892 den Kanzler ehrerbietig mit großen Worten als „Nationalhelden" gefeiert hatte, als Leitfigur für genuin konservative Haltungen, eine Mahnung gleichsam für die Gegenwart: ein Mann, der sich gegen den Geist einer vom Liberalismus beeinflussten Zeit keinen „Idealismus" zum Zweck bürgerlicher Beglückung habe aufnötigen lassen.[11]

Bei der Reichstagswahl von 1912 hatte die neue Organisation noch keine zählbaren Effekte erzielt. Beklagt wurde nicht zuletzt das Fehlen geeigneter Instrumente für eine systematische Öffentlichkeitsarbeit. So habe man, war zu hören, weder die Leute genügend aufklären noch überhaupt, die ganze Provinz erfassend, „im Namen des Verbandes sprechen" können.[12] Hier sollte nun die Gründung einer eigenen Zeitung Abhilfe schaffen, die als Nord-West zum ersten Mal am 6. Oktober 1912 um Leser warb. Erscheinen sollte sie jeweils am zweiten und vierten Sonntag des Monats, „mindestens" 16 Seiten stark sein[13], angefüllt mit Aufsätzen zu aktuellen Problemen, mit Personalia, Nachrichten aus der Partei und programmatischen Überlegungen. „Ein lebendes und redendes Zeichen für die Einmütigkeit der konservativen Richtungen" wolle man damit setzen. Ein „durchaus volkstümliches Blatt in Gedanken und Worten" hatte man vor Augen, das auch dem „einfachen Mann" gedeihliche Kost biete. Um einer verbreiteten „Unkenntnis in volkswirtschaftlichen Dingen" zu begegnen, wurde als Ziel „die gegenseitige Wertschätzung von Stadt und Land" proklamiert. Dahinter verbargen sich nichts anderes als die Losungen des Bundes der Landwirte, mit dem man bereits im vergangenen Wahlkampf „Schulter an Schulter" gefochten habe. Zwar sei man nicht immer einer Meinung mit ihm, aber dass dessen Anhängerschaft ein gesichertes Auskommen verdiene, sei völlig unstrittig. Erreichbar werde dies nur „durch eine Bismarcksche Wirtschaftspolitik". Das Gegenteil jedenfalls, ein Wechsel in Richtung Freihandel, den die Linksliberalen und Sozialdemokraten propagierten, würde nicht allein den Agrarsektor, sondern die Gesellschaft insgesamt, gleichviel ob in ländlichen oder städtischen Regionen zu Hause, „ins Verderben stürzen". Um einer derart an die Wand gemalten Apokalypse zu entgehen, müsse man „auf Gedeih und Verderb" mit dem Bund der Landwirte kooperieren, dabei den Sinn für eine „vaterländische Wirtschaftspolitik" schärfen. Dies freilich war für gewöhnlich nur ein Synonym für jenes seit Bismarck vertraute Bündel von Maßnahmen, welche die heimischen Agrarmärkte zum Schaden der Verbraucher vor unlieb-

8 Ebd. (Zur Einführung von „Nord-West").
9 Vgl. Stegmann, Vaterlandspartei, S. 47 ff. sowie Matthias Alexander, Die freikonservative Partei: gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie, Düsseldorf 2000, S. 122 ff.
10 Theodor Häbich, Deutsche Latifundien. Ein Beitrag zur Berichtigung unserer Vorstellungen von der bestehenden Verteilung des ländlichen Grundeigentums, Königsberg 1929, S. 110. Die Liste der Vorstandsmitglieder in NW Nr. 18 vom 28.9.1913.
11 Festrede des Herrn Rechtsanwalts Bokelmann auf Se. Durchl. den Fürsten Bismarck bei der Vorfeier seines Geburtstages, veranstaltet vom Conservativen Verein in dem großen Saal der Deutschen Reichshallen am 31. März 1892, Kiel 1892, S. 5 und 9.
12 NW Nr. 1 vom 6.10.1912 (Zur Einführung von „Nord-West").
13 NW Nr. 5 vom 8.12.1912 (Anzeige in eigener Sache).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 109

1914 B 1298

Einzelheft 20 Pf.

Nord-West

eine Deutsch- und Freikonservative Halbmonatschrift

erscheint zum 2. und 4. Sonntag eines jeden Monats

Geschäftsstelle: Kiel, Holstenstraße 104 :: Fernsprecher Nr. 5677

Nord-West kostet durch die Post bezogen 75 Pf. vierteljährlich einschl. Bestellgeld.
Unter Kreuzband durch die Geschäftsstelle 1 Mk.
Anzeigen aus der Provinz 25 Pf., von auswärts 30 Pf. f. d. zweispaltige Zeile

KÖNIGL. UNIV.-BIBLIOTHEK KIEL

Inhalt:

Nachdenkliches.
Zur Einführung von „Nord-West".
Verbandsangelegenheit.
Aus der Bewegung der Parteien.
Wahlen.
Für Freund und Feind.
Hamburg.
Das Gespenst der Teuerung.
Das Volk hungert.
Rot rostet nicht.
Schutzzöllnerisch-freisinnige Fischer.
Pfarrer Traub und andere.
Der Viehhandel im Rechtsverkehr.
Aus unserer kleinen Mappe.
(Kieler Theater. Bücherschau. Mitarbeiter.)

1. Jahrgang
Nr. 1

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Ludwig Schaper, Kiel, Holstenstraße 104.

Sonntag, 6. Oktober 1912

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 110

samer ausländischer Konkurrenz durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen abdichten sollte.[14]

Als Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter fungierte Ludwig Schaper. Dieser hatte als Nationalliberaler begonnen, war dann in der wirtschaftsfreundlichen, der „gelben" Arbeiterbewegung, zwischen 1909 und 1911 in der Kieler Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie tätig gewesen.[15] Danach fungierte er, solange es seine Gesundheit erlaubte, als Geschäftsführer der neuen konservativen Organisation.[16]

Schapers „Sündenbekenntnis". Etwas früher oder etwas später als das Erscheinen von „Nord-West", ebenfalls im Jahr 1912, brachte Schaper im Selbstverlag „Zeitbetrachtungen" unter dem Motto „Politisches Sündenbekenntnis" auf den Markt: eine schmale Schrift von 24 Seiten.[17] Ob sie als Eintrittskarte für das künftige Wirkungsfeld gedacht war, ist mangels Quellen nicht zu entscheiden, auf jeden Fall aber umriss sie die programmatischen und ideologischen Horizonte, an denen der Autor sich orientierte und sich in seinem Blatt abarbeitete. Der Leitbegriff Sündenbekenntnis zielte freilich nicht auf die Konservativen oder die ihnen nahestehenden Vereinigungen, Bünde und Milieus. Für gesellschaftliche Sünden waren vielmehr die anderen, die auch sonst von rechter Seite Angegriffenen verantwortlich, in erster Linie die politischen Gegner im Lager der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus. Dadurch, durch „eigene Schuld" nämlich stünden die Deutschen „in Gefahr", ihren mittlerweile in der Welt erreichten „hohen Rang" wieder aufs „Spiel zu setzen." Darin werde ein „Hochmut" sichtbar, mit dem „ein großer Schatz der Vergangenheit durch die Gegenwart verschwendet" werde: „Daß unser Volk imstande ist, sich von seinen Erbfehlern zu befreien und für seine glänzenden Kräfte Raum zur Betätigung schaffen kann, wissen wir aus dem Jahre 1870", dem Gipfelpunkt der Reichsgründungsepoche.[18]

Innere Einigkeit, behauptete Schaper, gebe es nach der Jahrhundertwende nicht mehr. Die Deutschen schädigten ihre „beste Kraft", indem sie „an sich unschädliche und natürliche Gegensätze" mit beträchtlicher „Gehässigkeit" pflegten und hegten. Dazu rechnete der Autor regionale Partikularismen, Divergenzen zwischen Protestantismus und Katholizismus, außerdem die Politisierung und interessengeleitete Ausbeutung ökonomischer Probleme. Wie könne, lautete die Frage, „ein wirtschaftlich gebildetes Volk durch das Märchen von einer Todfeindschaft zwischen Stadt und Land, das dann volkstümlich als Krieg zwischen Ostelbiern und dem Westen auftritt, sich in die Irre führen lassen". Denn tatsächlich handele es sich nur um „zwei Teile einer wirtschaftlichen Kraftäußerung". Der eine sei das „Streben, Deutschland vor dem Schicksal eines rein industriellen Landes zu bewahren", der andere bestehe aus unberechtigten „Maßregeln zur Unterdrückung von Handel und Industrie." Dem sei nur zu entgehen, wenn man „jedem das Seine" gebe. Dann – und nur

14 NW Nr. 1 vom 6.10.1912 (Zur Einführung von „Nord-West"). Zur Politik des BdL vgl. Jens Flemming, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925, Bonn 1978, S. 29-53.

15 Biographische Angaben nach Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903-1914, Düsseldorf 1974, S. 466 Anm. 76, sowie Stegmann, Vaterlandspartei, S. 48 f.

16 NW Nr. 16 vom 24.8.1913 (Konservative Ortsvereine in der Provinz).

17 Ludwig Schaper, Politisches Sündenbekenntnis. Zeitbetrachtungen, im Selbstverlag des Verfassers Oldenburg i.H., o.J. (1912). Für die Schrift wurde bisweilen auch in NW geworben: Nr. 5 vom 8.12.1912 (Beilage).

18 Ebd., S. 4 f.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 111

dann – würde sich ein „gesunder Ausgleich“ vollziehen, indem der Parteipolitik eine „beliebte Waffe“ entzogen wäre.[19]

In Wirklichkeit jedoch sei eine alte Unart, die „Nörgelei“ nämlich, üppig ins Kraut geschossen. Die Ursache dafür sei nicht das Parteiwesen an sich, sondern die „Eigensucht der Parteiführer“. Dadurch sei „an Stelle der ruhigen, sachlichen Arbeit für das Vaterland die Agitation für die Partei“ getreten. Als leichteste Übung werde eine Form der Kritik bevorzugt, die zum „Selbstzweck“ geworden sei. Im Gegensatz dazu benötige man Männer mit der Fähigkeit zu einer Politik der sachlichen Hand, zudem ein Parlament, das bereit sei, in Kooperation „mit der Reichsregierung“ und im Vertrauen auf sie, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.[20] Wie dies zu erreichen sei, ließ Schaper offen, nicht aber, auf wen der Befund zielte. In seinen Augen war der „Hemmschuh des Fortschritts“ wesenhaft die Sozialdemokratie, die er nicht als Bewegung von der Art üblicher Gegner einstufte, sondern zum wahren „Todfeind“ erklärte. Denn schließlich sei es „Tatsache“, dass die SPD einen „vortrefflich gegliederten und schlau geleiteten Staat im Staate“ zustande gebracht habe. Denn es sei nicht zu leugnen, dass sie „einen großen Teil“ der Bürgerschaft „von der Wiege bis zum Sarge“ an sich ziehe und festhalte.[21] Als unwiderlegliche Konsequenz galt dem Autor: „Die Jugend ist den Umsturzbestrebungen preisgegeben; die Frauen treten immer mehr in den roten Zauberkreis.“[22]

Groß war die Skepsis über Möglichkeiten und Strategien der Gegenwehr. Weder traute Schaper der Bürokratie noch der Einwohnerschaft zweckdienliche Maßnahmen zu. Wo treffe man, sorgte er sich, auf den „ernsten“ und „dringend notwendigen Entschluß des Bürgertums“, die „einmütige und starke“ SPD mit ebensolcher Intensität zu bekämpfen? Dabei sei bereits klar geworden, dass dies allein mit „geistigen Mitteln“ vom „grünen Tisch“ aus nicht erfolgreich sei. Im Blick auf die aktuelle Situation sei es kein Zeichen von Schwäche, sich einzugestehen, dass man sich nicht aus eigener Kraft retten könne. Vielmehr lasse sich der eigene Fortbestand, lasse sich vor allem die monarchische Ordnung nur noch mithilfe von präventiven Gesetzen sichern.[23] Die Zeit dafür sei längst schon gekommen. Zuallererst sei auf der Reichsebene das Wahlrecht zu revidieren. Der „Unsinn der gleichwertigen Stimmen“, so Schapers Formulierung, müsse ersetzt werden durch eine „Wahl nach Ständen“, was vermutlich der „Macht sozialdemokratischer Volksverhetzung Abbruch“ tun würde. Unterstützt werden sollte dies durch die Pflicht jedes Parlamentskandidaten, ausdrücklich die „Treue zu Kaiser und Reich“ anzuerkennen. Auf diese Weise müsste sich jeder Sozialdemokrat entweder häuten oder sich von seinen Ambitionen verabschieden. Denn: alle Stimmen für einen Bewerber, der eine solche Erklärung nicht liefern wolle, würden „einfach ungezählt als ungültig zu betrachten“ sein.[24]

Abgerundet werden sollte dieses Vorhaben, das – nebenbei bemerkt – nach Lage der Dinge keine Aussichten auf Erfolg hatte, durch etliche Forderungen, die seit längerem schon auf den politi-

19 Ebd., S. 5 f.
20 Ebd., S. 7.
21 Ebd., S. 9.
22 Ebd., S. 11.
23 Ebd., S. 10.
24 Ebd., S. 13.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 112

schen Bühnen des rechten Lagers gehandelt wurden. Gegen die „Ausschreitungen“ der Linken sollten sich „schärfere Bestimmungen“ und kürzere Strafverfahren richten. Zu ahnden seien unter anderem Hoch- und Landesverrat, Beleidigungen der regierenden Fürsten, Widerstand gegen die Staatsgewalt, „Anreizung und Verführung von Personen aus dem Soldatenstande“, außerdem „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“, nicht zuletzt „Beschimpfung des Vaterlandes und der Religion“. Dem müsse ein „wirksamer Schutz der Arbeitswilligen“ an die Seite treten, außerdem eine nachhaltige Kontrolle und Zähmung des sozialdemokratischen Zeitungswesens. Von einer Unterdrückung der Presse könne zwar keine Rede sein, hieß es, aber man könnte die gemeinten Blätter, „ja, die ganze sozialdemokratische Bewegung bis an die Wurzel treffen, wenn der Staat nur etwas Selbstverständliches fordern“ würde, nämlich der SPD eine Erklärung abzuverlangen, dass sie „in Wort und Schrift auf dem Boden des Gesetzes“ stehe.[25]

Ähnlich allgemein kam die Kritik an den Regierenden daher. Um die skizzierten Visionen Realität werden zu lassen, müssten die Politiker zumindest anerkennen, dass Staat und Sozialdemokratie einander in unversöhnlicher Feindschaft begegneten. Tatsächlich waren die Reaktionen nicht so, wie Schaper sie wünschte. „Während der Umsturz sich in aller Entschlossenheit zum Entscheidungskampfe“ rüste, erwecke die Obrigkeit den Eindruck, als sei die – in Wahrheit unvermeidliche – Auseinandersetzung entweder „unmöglich“ oder doch wenigstens „unwahrscheinlich“. Damit distanziere sich der Staat allerdings von seinem eigenen Wesen und vernachlässige die ihm auferlegte Pflicht, „für seinen Bestand zu sorgen und mit gesammelter Kraft“ da zu intervenieren, „wo der einzelne Bürger und einzelne Kreise zu schwach“ seien. Stattdessen begnüge man sich mit einer „Menge verschwommener Redensarten“, weil man den „Boden des allgemeinen Rechtes nicht verlassen“ und „keine Märtyrer schaffen“ wolle. Allein auf „geistigen Kampf“ zu vertrauen, habe sich als jedoch untauglich erwiesen, denn im Innern habe bereits der „Krieg“ seine Zeichen gesetzt[26] und ein Zweifel, dass man „an der Schwelle einer sinkenden Zeit“ stehe, sei nicht mehr erlaubt.[27]

Es existiere allerdings ein „fester Grund, der auch in der wildesten Flut ein Sammlungsort für künftige bessere Tage“ sein könne. Gemeint war Preußen, das schon wegen seiner bisher erbrachten Leistungen essenziell gefördert werden müsse. Als „Versuchskaninchen für die Parteiwut“ dürfe es keinesfalls geopfert werden. Eine „rückschrittliche Politik“ solle es zwar nicht treiben, wohl aber das Prinzip einer „gerechten Verteilung der Rechte zwischen Regierung und Volk“ verkörpern. Als sichtbarer „Gegensatz zur Massenherrschaft“ solle es den Gedanken, dass der Monarch in erster Linie der „Vater der Untertanen“ sei, „tagtäglich“ immer wieder „beispielhaft“ exemplifizieren: „Selbst ein rückständiges Preußen wäre besser als ein in sich verseuchtes !“[28] Wenn das Reich eine starke Rolle in Europa und der Welt spielen wolle, so am Schluss die sentimentale Beschwörung, brauche es „Einkehr und Umkehr“, vor allem aber

25 Ebd., S. 16 f.
26 Ebd., S. 14 f.
27 Ebd., S. 21.x
25 Ebd., S. 16 f.
26 Ebd., S. 14 f.
27 Ebd., S. 21.
28 Ebd., S. 21 f.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 113

ein unverbrüchliches Gelübde. Dieses habe, der aktuellen Gefahr gewärtig, „in Dankbarkeit für den Großen Kaiser und seine Zeit“ und im „Vertrauen auf den guten Geist und festen Kern des deutschen Volkes“ ohne jedes Schwanken zu lauten: „mit Gott durch Nebel und zum Licht!“[29]

Die Zeitung: Personen und Profile. Schapers Parolen waren konform mit denen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und es war kaum zu erwarten, dass er sie im neuen Amt ohne weiteres abstreifen und sich in gemäßigt freikonservativen Bahnen bewegen würde. Mag sein, dass hier einer der Gründe lag für einen eher distanzierten Hinweis in der Anfang Oktober 1912 erstmals auf dem Markt anzutreffenden „Wochenschrift für den konservativen Fortschritt“. Deren Titel war programmatisch: „Das neue Deutschland“. Darin steckte ein deutlich anderer Impetus als in „Nord-West“, das sich, wie es in der knappen Meldung hieß, „vorwiegend an die rechtsstehenden Kreise Schleswig-Holsteins“ richte. Zur Sache wurde nur noch angefügt, dass die Kieler sich „mit allem Eifer“ zugunsten einer „gegenseitigen Wertschätzung von Stadt und Land“ einsetzen wollten. Über den Rest der Ziele herrschte Stillschweigen, nicht zuletzt über die angestrebte enge Kooperation mit dem Bund der Landwirte.[30]

Der Mangel an Begeisterung, der aus diesen Zeilen sprach, wird bestätigt durch einen Aufsatz, mit dem gleich im ersten Heft des „Neuen Deutschlands” der Historiker und Privatdozent an der Berliner Universität Ludwig Sevin, neben dem Herausgeber Adolf Grabowsky einer der Männer in der Leitung des neuen Journals, seine Erwartungen umriss. „Wir wollen nicht länger politisch unvertreten sein“, lautete die Kernbotschaft. Was war damit gemeint? Angesprochen fühlen sollten sich die Leser mit der Selbstbezeichnung des Autors, nämlich als „Neukonservative“. Diese könnten sich nicht repräsentiert fühlen von der deutschkonservativen Partei. Die sei nämlich bestrebt, dem katholischen Zentrum vergleichbar, nur eine Konfession, die protestantische, zu organisieren und fühle sich hauptsächlich einer „einzigen Erwerbsgruppe“, den Landwirten, verpflichtet. Alternativ dazu müsse „volle Forschungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit“, überhaupt freie „religiöse Betätigung“ herrschen. Hinzu komme, dass die Deutschkonservativen nicht bereit oder nicht fähig seien, die Phänomene der modernen Welt in das „staatliche Leben“ zu integrieren: „Unsere Industrie ist da, unsere Weltwirtschaft allein ermöglicht das Leben von Millionen, unsere Arbeiterbewegung ist da, unser politischer Radikalismus ist vorhanden.“ Sei es in dieser Situation nicht an der Zeit zu schauen, „ob nicht auch hier Berechtigtes und Gesundes“, „herauszuschälen“ sei, um die „notwendigen Reformen“ selbst in die Hand zu nehmen? Dass sich die Deutschkonservativen dem verweigerten, sei ein Zeichen von Furcht und Unsicherheit, einer Stimmung, nach uns möge die Sintflut hereinbrechen: „Nur immer hemmen“, sei die Devise, „alles hemmen, keine Einräumung an die Neuzeit machen wollen“.

29 Ebd., S. 24.

30 Das neue Deutschland (künftig DnD) Nr. 3 vom 19.10.1912.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 114

Gleiches sei den Freikonservativen nicht vorzuwerfen. Diese hätten sich den Sozialdemokraten, da wo nötig, in den Weg gestellt, hätten „rückständigen Erscheinungen und einseitiger Interessenpolitik“ Paroli geboten. Damit habe man geholfen, den „großen, nationalen Fortschrittsideen“ den Weg zu bahnen. Den imperialistischen Expansionsbestrebungen und der dazu notwendigen Flotte sei man verständnisvoll begegnet, zudem immer bemüht, „wirklich vorhandene Schäden“ des „öffentlichen Lebens zu erkennen und abzustellen“. Ideal wäre eine neue konservative Partei, bestehend aus Freikonservativen, aus rechtsstehenden Elementen des nationalen Liberalismus und aus „fortgeschrittenen Deutschkonservativen“. Einer „konservativen Politik“ jedenfalls, die in „jedem ‚Modernismus‘“ nur „Unheil“ wittere, wollten Sevin und seine Mitstreiter nicht folgen. Ihr Ideal sei es anzuerkennen, dass auch in der Gegenwart „ein großartiger Zug“ liege: „Wir glauben, wo die andern verzweifeln möchten.“[31]

Prägnanter konnte man die Abneigung, ja die Rivalität zum Modell des deutsch- und freikonservativen Verbandes in Schleswig-Holstein, ohne es eigens zu erwähnen, nicht ausdrücken. Wie ernst es dem Autor Sevin damit war, demonstrierte er anderthalb Jahre später, noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in einem unter Pseudonym publizierten Buch: „Die Partei der Zukunft“. Dies war das Synonym für eine einheitliche rechte Sammlung, für den „Zusammenschluß aller Nationalen“, nicht für Kräftigung der Deutschkonservativen, sondern für Stärkung jener Traditionen, auch im Sinne Bismarcks, die typisch seien für die Freikonservativen. Denn die seien seit ihrer Gründung „sich treu geblieben“ und hätten stets „in erster Linie das Vaterland über die Partei gestellt“. Notwendig sei es, das „Parteiinteresse“ dort zu zähmen, „wo es dem nationalpolitischen Gesamtstreben schädlich“ werde. An die Deutschen erging die Aufforderung, wieder zum Staat zu stehen, sich diesen weder vom Radikalismus der Sozialdemokratie noch von dem antigouvernementaler Konservativer „verlästern“ zu lassen.[32]

Dies war die prinzipielle Seite der Kontroverse. Eine andere, nicht minder bedeutsam im Blick auf die Moderne und deren Fortentwicklung, war das, was man damals „die Frauenfrage“ nannte. Gleich am Anfang ihrer Existenz setzten hier die Schleswig-Holsteiner einen Kammerton. „Nord-West“ kündigte nämlich an, dass die Kieler Ortsgruppe am 9. Oktober 1912 eine Versammlung über Probleme der Teuerung abhalten werde. Zum Arrangement der Tagung wähnte man sich offenbar schuldig anzumerken: „Für die Damen ist die Galerie reserviert.“[33] Das war eine leichte Verbeugung vor dem 1908 verabschiedeten Reichsvereinsgesetz, das nun auch den Frauen den Besuch politischer Versammlungen erlaubte. Ihnen dieses Recht zu verwehren, traute man sich offenbar nicht. Aber wenn schon als Zuhörerinnen, dann sollten sie dem Parterre, dem Zentrum der Debatte und den Entscheidungsträgern, den Männern, fernbleiben, mithin keine Anstalten machen, die überlieferten patriarchalen Modi zwischen den Geschlechtern zu unterminieren.

31 Ludwig Sevin, Wir wollen nicht länger politisch unvertreten sein, in: DnD Nr. 1 vom 5.10.1912.

32 Die Partei der Zukunft. Von einem Deutschen (das ist Ludwig Sevin), Leipzig 1914, S. 84, 239 und 243.

33 NW Nr. 1 vom 6.10.1912 (Anzeige).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 115

An dieser hier visuell dargebotenen Praxis orientierte sich in der Folge eine ganze Reihe von Aufsätzen. „Nord-West“ präsentierte sich damit als Schrittmacher antifeministischer Überzeugungstreue und es traf sich gut, dass sich daraus Munition gegen die Wettbewerber auf der Linken formen ließ. So hatte die Fortschrittliche Volkspartei Anfang Oktober 1912 auf ihrem Parteitag in Mannheim zu Gehör gebracht, dass die wachsende Zahl von Frauen im öffentlichen Leben „mit innerer Notwendigkeit zur politischen Gleichberechtigung führen müsse.“ Dem widersprach das Blatt durch Hinweise auf statistische Inkonsistenzen. Die weibliche Erwerbstätigkeit habe nämlich nicht zu-, sondern abgenommen, das heißt, die daraus gezogenen Schlussfolgerungen beruhten auf fiktiver, nicht jedoch auf realitätstüchtiger Grundlage.[34] Vierzehn Tage später endete das Heft mit einem dahinklappernden Poem, in dem der Autor sich gegen das Wahlrecht für die Frauen in Positur warf und im Fall einer eventuellen Einführung den Untergang Germaniens beschwor.[35]

Folgende Seiten:
Dr. Ernst Oberfohren (1. Reihe, Mitte) und Kollegen im August 1918. Das Bild stammt aus dem Nachlass des Marinefotografen Wilhelm Schäfer (1872-1948). Bildherkunft: StAKiel, 2.3 Magnussen 54426

Mehr als Aufgalopp, genährt aus handelsüblichen Ressentiments, war das einstweilen nicht. Grundsätzlicher, auch organisatorisch mit einer entschieden radikalen Richtung verknüpft, wurde es im Jahr danach. Im zweiten Juniheft 1913 gab es eine Rezension des Buches von Ludwig Langemann, das sich in energischem Antifeminismus gefiel. „Das Frauenstimmrecht und seine Bekämpfung“, rief schon der Titel als Programm aus.[36] Dieses abzuwehren, weil „nationales Unglück“ evozierend, galt als selbstverständlich, allein deshalb, weil Frauen und Mütter eine „instinktive Abneigung“ gegen die von „Ledigen aufgebrachte Stimmrechtsforderung“ hegten. Schon das sei ein vernichtendes Urteil. Welche Wirkung aber werde davon abstrahlen auf die deutsche „Großmachts- und Weltstellung“? Die Antwort war eindeutig. Schließlich sei kein Zweifel erlaubt, dass der Feminismus „wesensverwandt“ mit der „Friedensbewegung“ sei, mit „Antimilitarismus“ und Sozialdemokratie: „Die nationalen Kräfte“ würden „noch viel stärker“ als gegenwärtig „von den unreifen, kosmopolitischen, internationalen Ideen paralysiert werden“.

Genannt wurden sie nicht, aber jeder, der wollte, konnte unter letzteren auch die Juden einbeziehen. Unter der „Herrschaft des Frauenstimmrechts“ im Verein mit der SPD würde dem Reich „das Mark“ ausgesogen werden. Politik jedenfalls könne nur betrieben werden „mit männlichen Mitteln, mit männlichem Scharfsinn und männlicher Entschlußkraft, mit jenem den Frauen fernliegenden, weit ausholenden konstruktiven Sinn, der mit einer weiten Zukunft rechnet, endlich aber auch in den entscheidenden Stunden des Völkerlebens mit jenem kühnen männlichen Wagemute, wie ihn Friedrich der Große und Bismarck besaß, von dem aber eine Frau immer wieder zurückschrecken“ würde. Nach Lage der Dinge ruhe die Hoffnung allein auf einer nun „endlich organisierten Aufklärungsarbeit“, die allerdings bei der „fortgeschrittenen feministischen Verseuchung“ des Landes „keine leichte Sache“ sei.[37]

34 NW Nr. 2 vom 27.10.1912 (O = Ernst Oberfohren, Zur Frauenbewegung).
35 NW Nr. 3 vom 10.11.1912 (Die Stimm-Dame).
36 Ludwig Langemann, Das Frauenstimmrecht und seine Bekämpfung, Berlin 1913.
37 NW Nr. 12 vom 22.6.1913 (O = Oberfohren, Das Frauenstimmrecht und seine Bekämpfung). Vgl. auch Ludwig Langemann und Helene Hummel, Frauenstimmrecht und Frauenemanzipation. Denkschrift des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation, Berlin 1916.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 118

Rechte Seite:
Konservative Werbung. Letzte Seite der Zeitschrift Nord-West vom 6.10.1912. Bildherkunft: Universitätsbibliothek Kiel, Signatur Z 2

Autor der Besprechung war der 1881 im Regierungsbezirk Düsseldorf geborene Ernst Oberfohren, seines Zeichens Oberlehrer, der nach allerlei Wegen 1909 an der höheren Mädchenschule I in Kiel gelandet war[38] und sich offenbar früh mit den Konservativen verbunden hatte. Parallel dazu engagierte er sich im 1912 gegründeten Bund gegen die Frauenemanzipation, einem Verein mit entschlossen antifeministischer Stoßrichung.[39] Seit Januar 1913 gab dieser ein Monatsblatt heraus, das sogleich die Losung ausrief: „Dem Manne der Staat, der Frau die Familie !“[40] Oberfohren, der selbst gegenüber einer konservativen Frauenorganisation seine Skepsis nicht verhehlen mochte,[41] saß dort im Vorstand, war häufig als Redner anzutreffen, um landauf, landab seine Überzeugung kundzutun, dass die Frauenrechtlerinnen die „Grundlagen des Staates und der Gesellschaft“ unterhöhlten.[42] Dass ein solcher Mann eine Schrift rezensiert, die seines Geistes war, ist – in einem befreundeten Parteiblatt zumal – nicht weiter bemerkenswert. Die Geschichte reicht über eine solche Trivialität jedoch hinaus. Denn Langemann war ebenfalls Mitglied in der Führung des Bundes, ab Oktober 1913 sogar dessen Vorsitzender, außerdem Schriftleiter von dessen Zeitschrift.[43] Hinzu kam, dass er als stellvertretender Direktor an derselben Kieler Schule wie Oberfohren unterrichtete.[44] Hier lag denn auch die eigentliche Pointe: Zwei Gesinnungsgenossen greifen einander unter die Arme, bekräftigen wechselseitig ihre Weltuntergangsszenarien und popularisieren die darin steckenden negativen, die Gesellschaft spaltenden Visionen.

Dass solche Positionen bei den gemäßigten Freikonservativen um den Redakteur Grabowsky nicht auf ungeteilte Gegenliebe stießen, war wenig erstaunlich. Schon 1912 war im „Neuen Deutschland“ eine Zurückweisung und eine Bekräftigung eigener alternativer Argumentationen zu lesen. Gewiss, wurde dort versichert, die „Auswüchse der Frauenbewegung“ könne und wolle man nicht gutheißen. Ihr aber gleich „jede Berechtigung“ abzusprechen, sei „verfehlt“. Was der Bund auf seiner ersten Hauptversammlung in Berlin von sich gegeben habe, sei höchst unklug. Denn wer der Frauenbewegung mit bornierten Vorurteilen begegne, treibe sie in den Radikalismus. Mit der Klage, die Frau sei „ins Leben hinausgetreten“, könne man, weil mittlerweile eine Tatsächlichkeit, keine Anhänger mobilisieren. Notwendig sei vielmehr „positive Politik“, das heißt, sich der Entwicklung nicht entgegenzustellen, sondern sie in Bahnen zu leiten, die dem „Wesen der Frau möglichst angemessen“ seien. Offenbar habe der Bund in Schleswig-Holstein das Entscheidende nicht begriffen, denn die Forderungen der Frauenbewegung hätten „wie ein Sturmwind“ einen „großen Teil der deutschen Weiblichkeit“ ergriffen: „Dieses Verständnis für etwas tief Begründetes sollte man gerade von einem konservativen Politiker verlangen.“ Für einen fortschrittlichen Konservativen jedenfalls stehe das im Einklang mit der ihm eigenen Haltung, das „Gewordene“ anzuerkennen und sich „auch dem Werdenden“ nicht zu verschließen.[45]

38 Stadtarchiv Kiel Nr. 29287, Personalbogen, 7.5.1909.

39 Vgl. Diane J. Guido, The German League for the Prevention of Woean's Emancipation. Antifeminism in Germany, 1912-1920, New York 2010, außerdem – ausgreifender und grundsätzlicher – Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, zu Oberfohren S. 145.

40 Monatsblatt des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation Nr. 2 vom Februar 1913.

41 NW Nr. 19 vom 12.10.1913 (Oberfohren, Die „Vereinigung konservativer Frauen“).

42 Monatsblatt der Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation Nr. 11 vom November 1913 (Die Bundestagung am 11. und 12. Oktober 1913, darin ein Verweis auf Oberfohrens Vortrag über Frauen in der kommunalen Sozial- und Fürsorgepolitik).

43 Ebd.

44 StA Kiel Nr. 29287, Höhere Mädchenschule I (stellvertretender Direktor Prof. Dr. Langemann) an die Kommission für die höheren Schulen in Kiel, 16.1.1911.

45 DnD Nr. 6 vom 9.11.1912 (Der deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 119

zu der Geschichte seiner Zeit gibt. — Endlich empfehlen wir für heute den „Almanach", herausgegeben von der Redaktion von Velhagen und Klasings Monatsheften von 1913. Der Verlag (Berlin, Bielefeld) bietet auf 350 Seiten an Erzählungen, Dichtungen, farbigen Kunstblättern eine solche Fülle von Anregung, daß man den Almanach als einen unterhaltsamen und treuen Begleiter durch das ganze Jahr 1913 und darüber hinaus begrüßen wird. Er sei schon heute als ein wertvolles Weihnachtsgeschenk empfohlen.

Alle Mitarbeiter sind willkommen,
Die Notiz davon genommen:
Ein Jeder,
Der die Feder
Aus der Hand gelegt,
Ohn Verweilen trägt
Zu der Post die Sendung:
Zur gefälligen Verwendung
Der Redaktion. Hat ihn schon!
Laßt Dich nicht verleiten,
Daß auf beiden Seiten
Deine Schrift zu sehen —
Das wär ein Vergehen.
Doch von dem Verbrechen
Müssen wir nun sprechen:
Schlechte Schrift
Ist reines Gift,
Stiehlt uns Zeit
Und Heiterkeit.
Auch beim Setzen
Kein Ergetzen.
Und der Quäler
Bringt Druckfehler. —
Für den Inhalt wünschen wir
Folgendes als Schmuck und Zier:
Gern tiefgründig,
Aber kurz und bündig.
Stets, daß jedermann
Es verstehen kann.
Sprache unentweiht,
Überfluß nicht auswärts leiht.
Wo ein Fremdwort ist entbehrlich
Wird empfunden es beschwerlich.
Haltung versöhnlich
Und niemals persönlich.
Nicht etwa pflaumenweich:
Anderthalb auf einen Streich,
Zieht mal die Feder
Ernstlich vom Leder. —
Leser, Du liest zwar das kleine Gedicht,
Doch als Mitarbeiter — beachtest
Du's nicht!

An unsere Leser!

Die überaus starke Anzahl von mehr als 1300 zahlenden Beziehern dieses Blattes läßt vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Dieser gute Anfang wird ein Ansporn für Verlag und Schriftleitung sein. Aber der tätigen Beihilfe unserer Freunde können wir auch weiter nicht entbehren. Jeder Leser muß neue Leser werben. Vor allen Dingen betonen wir und werden es immer wieder sagen:

Keine Gastwirtschaft ohne „Nord-West"!

Das ist eine bescheidene und sehr berechtigte Forderung. Wo unsere Freunde verkehren, können und sollen sie verlangen, daß ihr Blatt gehalten wird.

Für die Folge werden im „Nord-West" einmal im Vierteljahr die Hotels und Gastwirtschaften veröffentlicht werden, die durch Einsendung der Abonnementsquittung den Nachweis führen, daß in ihren Räumen „Nord-West" aufliegt.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 120

Sinn der Kontrastierung ist es nicht, Zensuren zu erteilen: diese Richtung gut und jene schlecht. Wohl aber offenbart sie die Bandbreite an Positionen und Alternativen, die im Lager der Freikonservativen zu beobachten war – hüben wie drüben vielfach im Gewand unverbindlicher Phraseologie. Die entgegenkommendere, auf Überlieferung und Einsicht bauende Variante fand sich im Kreis des „Neuen Deutschland", die unversöhnliche, auf Polarisierung vertrauende bei „Nord-West". Ob und in welchem Umfang deren Berichterstattung das Publikum erreichte, ist schwer zu sagen. Das Blatt selbst war über seine Verbreitung wenig aussagefreudig. Gleich in der ersten Nummer sprach man von „1300 zahlenden Beziehern" und verband dies mit der Aufforderung, in den Gastwirtschaften für die Auslage der Zeitung zu werben.[46] Im Juni 1913 rühmte sich die Schriftleitung, dass ihr Organ binnen kurzem auf die „Anerkennung der Freunde" und die „Aufmerksamkeit der Gegner" gestoßen sei.[47] Von großer Dynamik war die Entwicklung allerdings nicht. Im September war die Rede von „etwa 1600" Käufern, außerdem von „120 Wirtschaften und Hotels", in denen man die Zeitung einsehen könne. Gefördert werde sie von „fast allen Großgrundbesitzern der Provinz", gelesen „von zahlreichen Hofbesitzern", von „Beamten aller Grade, von Offizieren, Rentnern, Handwerksmeistern".[48] Das wirkte bedeutender, als es war. Danach jedenfalls gab die Redaktion keine Daten mehr preis.

Indizien für ein gewisses Maß an Enttäuschung waren etliche Äußerungen aus den Reihen führender Funktionäre. Da gab es vor allem anfangs Drohungen gegen Gasthöfe, die „Nord-West" nicht auslegen mochten.[49] Auf dem Parteitag im März 1913 erinnerte der Vorsitzende Graf Waldersee daran, dass man im Jahr zuvor für ein „Verbandsorgan" votiert habe. Die daran geknüpften Erwartungen freilich hätten sich nicht realisieren lassen. „Der beklagenswerte Mangel", so das Resümee, „daß wir für die Provinz noch immer nicht über ein täglich erscheinendes Blatt verfügen, wie es wohl ohne Ausnahme in allen anderen Provinzen zum Vorteil der konservativen Sache vorhanden ist, hat sich auf den ersten Anlauf nicht beheben lassen." Immerhin, fügte der Redner beruhigend hinzu, die Redaktion von „Nord-West" würde inhaltlich gern mehr bieten als sie könne. Schwierigkeiten bereite die Tatsache, dass die beiden monatlichen Publikationstermine zu weit voneinander entfernt seien, weshalb die einzelnen Nummern nicht ganz einfach miteinander verbunden werden könnten. Außerdem sei es nicht leicht, den bisweilen divergierenden Vorstellungen und Interessenlagen der Leserschichten gerecht zu werden. Insgesamt müsse man deshalb eingestehen, dass für ein konservatives Blatt in Schleswig-Holstein die Arbeit ähnlich problembehaftet sei wie für die Partei als solche. Denn: Hier wie da habe man die Dinge „zu spät in die Hand genommen".[50]

Im November betonte Ludwig Schaper noch einmal, dass es nach wie vor die Aufgabe des Verbandes sei, „für die Provinz ein Preßorgan" ins Leben zu rufen.[51] Daraus wurde jedoch nichts. Auch

46 NW Nr. 1 vom 6.10.1912 (An unsere Leser!).
47 NW Jubiläumsausgabe vom 15.6.1913 (Anzeige von Verlag und Schriftleitung).
48 NW Nr. 17 vom14.9.1913 (Der Anzeigenteil in Nord-West).
49 NW Nr. 2 vom 27.10.1912
50 NW Nr. 6 vom 23.3.1913 (Konservativer Verband für Schleswig-Holstein).
51 NW Nr. 21 vom 9.11.1913 (Mitteilungen aus dem Verband).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 121

ein breiter gefasster Artikel, vermutlich ebenfalls aus Schapers Feder, half kaum weiter. Zwar sei man in Berlin publikationstechnisch konkurrenzfähig, im Lande draußen aber nicht. Der Autor nannte es eine Binsenweisheit, dass zur „Pflege des konservativen Gedankens“ programmatisch ausgerichtete und mit genügend finanzieller Substanz ausgestattete Zeitungen nötig seien. Lernen könne und müsse man in diesem Punkt von den Liberalen. Die seien in diesem Punkt „früher aufgestanden“ und hätten einen „Vorsprung gewonnen.“ Da deren Leser mit ihrem Blatt jeweils „durch Feuer“ gingen, bleibe für die Konservativen in den Städten nur geringer Raum. Dem durch entschiedenes Handeln abzuhelfen, sei absolute Pflicht. An einem solchen Willen aber fehle es. Wäre es anders, könnte der Kampf gegen die demokratische Presse in gleicher Intensität aufgenommen werden wie gegen die vermeintlich neutralen Generalanzeiger-Blätter. Dafür benötige man allerdings ausreichend geschulte Schriftleiter. Einfach Leute aus Berlin anzuheuern, sei keineswegs ein Allheilmittel. Voraussetzung sei, die mit den lokalen Gegebenheiten vertrauten Redakteure „tatsächlich“ und „moralisch“ zu unterstützen. Erfolgreicher und weniger kostenträchtiger als zu den Wahlen Flugblätter zu drucken, die ohnehin nicht gelesen würden, sei das „stete und planvolle“ Agieren konservativer Journale. Denn der Zeitungsmacher, der zwischen den Wahlen „verständnisvoll und fleißig in Wort und Schrift“ arbeite, sei die „billigste“ und effizienteste „Kraft im Dienst der Sache“.[52] Dies jedoch war nicht mehr als ein schmissig dahinformuliertes Schlusswort. Es verriet Wunschdenken und spiegelte keineswegs die Realität: am Anfang ebenso wenig wie am Ende. „Nord-West“ war und blieb in seiner Existenz relativ fragil.

Kriegspublizistik. Nachfolger des im April 1914 verstorbenen Schaper[53] wurde Hans Lehnsen, der anders als sein Vorgänger viele seiner Artikel mit Namen zeichnete. Über ihn wissen wir so gut wie nichts. Er war promovierter Jurist, das Kieler Adressbuch verzeichnete ihn als „Rechtslehrer“.[54] Weder 1919 noch später ist er dort noch aufzufinden. Dass er sich nach der Revolution den Deutschnationalen angeschlossen hat, darf man vermuten. Eine gewisse Bestätigung, dass er sich von der Gedankenwelt des konservativen Lagers nicht trennte, bietet eine Broschüre, die er 1933 publizierte. Darin ging es um die „deutschen Ursprünge“ des Bürgerlichen Gesetzbuches, eine komplizierte, von den Nationalsozialisten und ihren Anhängern in den Universitäten lange, zum Teil kontrovers erörterte Frage, ob und in welchem Umfang man sich vom Römischen Recht lösen könne. In unserem Zusammenhang interessiert allerdings nur, dass der Autor, wie er bekannte, seit jeher der Meinung war, es sei „jedes Deutschen Pflicht und Schuldigkeit, deutsch zu denken, zu fühlen und handeln“. Aus dem Prinzip, „deutsch vom Scheitel bis zur Sohle zu sein“, folge „zwingend“, auch „in Gesetzgebung und Rechtsprechung deutsch“ zu sein. Allerdings müsse man sich dabei vor Übertreibungen hüten, denn eine „restlose Ausrottung des römi-

52 NW Nr. 15 vom 10.8.1913 (Das konservative Zeitungswesen).
53 Saul, Staat, S. 466.
54 Adreßbuch der Stadt Kiel 1913, I. Abt., S. 726.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 122

KÖNIGL. UNIV. BIBLIOTHEK KIEL

15. Juni 1888 — Jubiläums-Ausgabe — 15. Juni 1913

Nord-West

eine Deutsch- und Freikonservative Halbmonatschrift

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 123

Einzelheft 20 Pf.

Nord-West

eine Deutsch- und Freikonservative Halbmonatschrift

erscheint zum 2. und 4. Sonntag eines jeden Monats

Geschäftsstelle: Kiel, Holstenstraße 104 :: Fernsprecher Nr. 5677

Nord-West kostet durch die Post bezogen 75 Pf. u. 6 Pfg. Bestellgeld vierteljährl. Beim Verlag bestellt 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Unter Kreuzband 1 Mk. viertelj.

Anzeigen aus der Provinz 25 Pf., von auswärts 30 Pf. f. d. zweigespaltene Zeile

Dem Kaiser Heil!

Dem Kaiser Heil! So soll durch's Reich es schallen,
Aus kleiner Hütte, aus des Glanzes Hallen:
Dem Kaiser Heil und seinem ganzen Haus!
Es wehen Fahnen und es brennen Kerzen
Zur Ehre ihm, und unsre vollen Herzen,
Wir schütten dankend sie vor ihm heut' aus.

Vor hundert Jahren Preußen stand in Waffen,
Man mußte neu das Vaterland sich schaffen,
Das uns durch fremde Willkür war geraubt.
Und aus dem Meer des Blutes und der Nöte
Erstieg am Himmel neue Morgenröte,
Und stolz in Demut Preußen hob das Haupt!

Heil Kaiser dir! Du stehst in besseren Zeiten!
Wenn Opfersinn und Demut uns begleiten,
So steht auf festem Felsengrund dein Thron.
Das danken wir dem Blut der Freiheitskrieger,
Das danken wir dem alten greisen Sieger!
Vom Ahnherrn geht der Dank auf Sohn zu Sohn.

Was lehrt uns jene Zeit vor hundert Jahren?
Es sprach der Große Kaiser, reich erfahren:
„Welch eine Wendung durch den höchsten Herrn!"
In neuer Zeit soll alte deutsche Treue
Zu Gott und Thron bewähren sich aufs neue,
Dann leuchtet stets und glanzvoll Deutschlands Stern.

L. S.

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 124

Vorangehende Seiten;
Kaiserjubel. Titelblatt und folgende Seite der Zeitschrift Nord-West vom 15.6.1913. Bildherkunft: Universitätsbibliothek Kiel, Signatur Z 2

schen Rechts", die etliche nationalsozialistische Juristen forderten, sei nicht möglich, ja, sei ein „schwerer Fehler".[55]

Davon unabhängig ist zu konstatieren, dass der Ton der Zeitung sich unter Lehnsens Ägide nicht änderte. Er selbst gab seinen Introitus Anfang Dezember 1913 auf dem Titelblatt mit einer weder inspirierenden noch neue Horizonte erschließenden Definition des Begriffs „konservativ". Die „Kraft des Staates" ruhe in der Monarchie, war da zu lesen, das „deutsche Volk" sei ein christliches, jeder „ehrbare Bürger" verdiene Schutz, was insbesondere für die Arbeitswilligen gegen die streikwilligen Gewerkschaften gelte, notwendig sei außerdem eine „energische Politik gegen feindliche Bestrebungen der Dänen, Polen, Französlinge und Welfen".[56] Mit Kriegsbeginn und dem von der Obrigkeit verkündeten Burgfrieden wurden die Formulierungen des Blattes zunächst vorsichtiger, um die Zensur nicht zu provozieren. Gleichwohl verpackte man immer wieder kritische Seitenhiebe an die Adresse der Sozialdemokraten und Linksliberalen: nicht zu offensichtlich, aber zwischen den Zeilen, ein Verfahren, das geübten Lesern zu entschlüsseln nicht fremd gewesen sein dürfte. Das Gebiet, auf dem man bereits sehr früh nicht mit sich handeln lassen mochte, waren „Deutschlands Ansprüche" für die Epoche danach. Im Oktober 1914 nämlich hatte der Berliner Historiker Hans Delbrück in den von ihm geleiteten „Preußischen Jahrbüchern" vor zu großen Gebietsabtretungen gewarnt, die das Reich auf die fatalen Bahnen napoleonischer Expansionsambitionen treiben würde. Sicherheit, so das Argument, bestehe allein „in der Verbindung höchster eigener militärischer Kraft mit politischer Mäßigung". Ein solches Konzept stieß bei den Repräsentanten von „Nord-West" naturgemäß nicht auf Gegenliebe. „Das deutsche Volk", glaubte man dort zu wissen, „würde es einfach nicht verstehen, wenn die berufenen Organe – bei siegreichem Ausgange des Krieges – nicht alles daransetzten", das Reich „auf absehbare Zeiten hinaus" vor neuen Angriffen „ruchloser Feinde" zu bewahren.[57]

Mit dem Vorwurf, den Burgfrieden zu verletzen, wurden unermüdlich die anderen konfrontiert, nie in selbstreflexiver Absicht das eigene Lager. Missfallen erregte in diesem Zusammenhang manches, zum Beispiel die SPD, die es im Herbst 1914 im Abgeordnetenhaus gewagt hatte, die Zustimmung zum Weiterbau des Mittellandkanals von Hannover bis Magdeburg von der Gewährung einer demokratischen Wahlrechtsreform in Preußen abhängig zu machen. Das sei, monierte der Deputierte Otto von Dewitz, ein ausdrücklich beabsichtigter „Bruch des Burgfriedens".[58] Ebenso bemängelt wurde die Behauptung der linken Presse, „ein großer Teil" der deutschen Erfolge im Felde sei der Sozialdemokratie zu verdanken.[59] Außenpolitisch müsse Deutschland, ließ sich Oberfohren kurz vor Weihnachten vernehmen, darum ringen, „seinen Weltmacht- und Weltwirtschaftsanteil gegen England" durchzudrücken. Eventuell andere Ausgänge wertete der Autor als „unbefriedigend". Deutschlands Aufgabe nach dem Krieg müsse es sein, „im Welthandel ebenso wie in der Weltproduktion den Rang der führenden Weltmacht einzuneh-

55 Dr. jur. Lehnsen, Was ist am Bürgerlichen Gesetzbuch deutschen Ursprungs? Eine vaterländische Rechtsbetrachtung, Berlin 1933, S. 10.
56 NW Nr. 23 vom 7.12.1913 (Was heißt konservativ?).
57 NW Nr. 2 vom 20.10.1914 (Deutschlands Ansprüche nach dem Siege).
58 NW Nr. 3 vom 30.10.1914 (von Dewitz, Ist das Burgfriede?).
59 NW Nr. 6 vom 30.11.1914 (Haltet den Dieb).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 125

men".[60] Dazu passte ein halbes Jahr später die Gewissheit, dass Deutschlands „Fortentwicklung" ohne „Gebietszuwachs" auf Sand gebaut sei. Sich eine solche Chance entgehen zu lassen, wäre „Frevel" gegen die nachwachsenden Generationen. Gedacht war dabei an die Dreiheit von territorialem Schutz, „Neuland" für den Absatz heimischer Produkte und „Ansiedlung neuer Untertanen".[61] Solange die Kriegsgegner nicht um Frieden bitten, lautete die Devise, müsse man weiter fechten, und zwar so lange, bis der Frieden diktiert werden könne.[62]

Als Komplement der Agitation für territoriale Expansion fungierte die strikte Ablehnung innenpolitischer Reformen. Das drapierte die Redaktion von „Nord-West" mit andächtiger Verehrung der Helden von gestern, hier an erster Stelle Otto von Bismarck, und lauter Feier der vermeintlichen Heroen von heute, Kaiser Wilhelm II. und Generalfeldmarschall Hindenburg.[63] Aber im Kern handelte es sich um Abwehr dessen, was den Rechten Schrecken, den Linken Wunschbild war: „Neuorientierung". Jedweder Änderung an den verfassungspolitischen Gegebenheiten erteilte man in Kiel eine entschiedene Absage. Die Forderung, in Preußen das allgemeine Wahlrecht zu installieren, sei identisch mit Abwegen, sei ein „Irrlicht", das in den „Sumpf der Anarchie" leite.[64] Dies korrespondierte mit der Überzeugung, dass das herkömmliche Königtum ein „Segen", die „parlamentarische Monarchie" indes eine „Gefahr" sei, die es abzuwehren gelte. Ideal sei, wie in Deutschland verankert, dass der König „seine Berater auswählt und diese die Vollstrecker seines Willens sind."[65] Dass man, befangen in derartigen Anschauungen, keine Mühe scheute, gegen „Fremdtümelei" zu polemisieren, versteht sich fast von selbst. Verfassungsordnung und kulturelle Eigenheiten seien zwei Seiten ein und derselben Medaille. Es sei nämlich, ließ Redakteur Lehnsen im August 1915 wissen, eine „Lust, ein Deutscher zu sein". Mit „vollem Recht" könne man stolz darauf sein, „dem ersten Volke der Erde anzugehören". Um so verwerflicher sei daher die immer noch anzutreffende „Sucht der Ausländerei, die sklavische Nachahmung des Fremden", etwa Einladungen „in französischer oder englischer Sprache" zu verschicken.[66]

Die innenpolitischen Bündnispartner im Krieg waren identisch mit denen vor dem Krieg. Das galt für die Nationalliberalen, jedenfalls soweit sie sich nicht von der Ablehnung der Friedensresolution im Reichstag abwandten, das galt aber auch für den Alldeutschen Verband und den Bund der Landwirte. Jenem, der am 28. September 1915 sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum begangen hatte, bescheinigte man, der „Sammelpunkt" derjenigen zu sein, die „ihre vornehmste Aufgabe" darin erblickten, „an Deutschlands Größe, Macht und Herrlichkeit mitzuarbeiten".[67] Diesen drückte man, wie früher schon, fest ans Herz, begleitet von hochfliegenden, in eigentümlicher Metaphorik versinkenden Ergüssen: „Bündler und Konservative sind zwei Klingen an einem Heft, zwei Zinken an einer Gabel, zwei Äste eines Stammes, sie haben dieselben Grundanschauungen und verwandte Lebensinteressen."[68] In dem Maße je-

60 NW Nr. 8 vom 20.12.1914 (Oberfohren, Die wirtschaftlichen Ziele des Krieges).
61 NW Nr. 24 vom 10.6.1915 (Verteidigungskrieg und Gebietserwerbungen).
62 NW Nr. 26 vom 30.6.1915 (Preßfreiheit und Zensur).
63 Vgl. aus Anlass von Kaisers Geburtstag NW Nr. 12 vom 27.1.1915 (Zum 27. Januar 1915) oder das $$$Bismarck gewidmete Heft Nr. 18 vom 1.4.1915 (darin u.a. E. Bokelmann, Bismarck im Spiegel der Volkseele).
64 NW Nr. 28 vom 20.7.1915 (Das preußische Wahlrecht),
65 NW Nr. 29 vom 30.7.1915 (Lehnsen, Der Segen eines starken Königtums und die Gefahren einer parlamentarischen Monarchie).
66 NW Nr. 31 vom 20.8.1915 (Lehnsen, Verwerfliche Fremdtümelei).
67 NW Nr. 1 vom 10.10.1915 (Rückschau).
68 NW Nr. 10 vom 10.1.1916 (Lehnsen, „Jungs holt fast.").

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 126

Rechte Seite:
Titelblatt der Zeitschrift Nord-West vom 20.10.1915 mit dem Ausspruch „Heil dem Hohenzollernhause!"
Bildherkunft: Universitätsbibliothek Kiel, Signatur Z 2

doch, in dem die Parteien, die für einen Verständigungsfrieden warben, die SPD, die Linksliberalen und das katholische Zentrum, an Resonanz gewannen, wurde es für die rechten bis rechtsradikalen Milieus immer wichtiger, ein Gegengewicht zu etablieren, keine Partei, sondern eine als Bewegung annoncierte Organisation. Als Vorläufer figurierte hier der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden", geleitet vom Berliner Geschichtsprofessor und Alldeutschen Dietrich Schäfer, einem, wie Lehnsen ihn charakterisierte, „kerndeutschen, kräftigen Mann".[69]

Ende August 1916 druckte „Nord-West" an prominenter Stelle, auf Seite eins, einen Aufruf des Ausschusses ab, bekräftigt und kommentiert von der Schriftleitung, was darauf hindeutet, dass sich das Blatt mit dem Inhalt identifizierte. Darin wurden Annexionswünsche gegen Rußland erhoben wie gegen Frankreich. Als Sicherung gegen England sollte Belgien in deutsche Hand kommen beziehungsweise in deutscher Hand bleiben. Außer Frage stehe, wie das Blatt hinzufügte, dass die Gegner in Ost und West an „Haupt und Gliedern" geschwächt werden müssten. Denn nur so sei gewährleistet, dass Deutschland vor künftigen Angriffen geschützt sei. Darum, so die Schlussfolgerung, möge man „mit dem törichten Gerede" aufhören, dass der mehr als zwei Jahre währende „gewaltige Kampf" nur ein Verteidigungskrieg sei.[70] Vierzehn Tage später ließ dem eine Gruppe von Konservativen einen zweiten Appell folgen, der den Ernst der Lage beschwor. England, hieß es da, bedrohe der Deutschen „Dasein" und „Zukunft". Gebot der Stunde sei daher, es mit allen verfügbaren Machtmitteln „zu Boden zu werfen." Bevor dies nicht bewerkstelligt sei, dürfe an Frieden nicht gedacht werden. Das wäre „töricht und gewissenlos zugleich."[71]

Entfernt von den Inhalten der dann im Sommer 1917 ins Leben gerufenen Vaterlandspartei oder gar in Distanz zu ihr war „Nord-West" im Blick auf ihre bisherige Geschichte zu keiner Minute.[72] Insofern wundert es nicht, dass unter den Werbeanzeigen in Schleswig-Holstein neben den Granden der Partei auch der Name Oberfohren auftauchte[73], der sich „rührig in den Dienst" der neuen Bewegung stellte, wie es in einem Bericht aus dem Kreis des Alldeutschen Verbandes hieß.[74] Das war ein Zeichen, dass die Karriere im konservativen Milieu zügig voranschritt. 1914 war er überdies mit einer Studie über den französischen Juristen Jean Bodin promoviert worden[75], seit Ausbruch des Krieges betätigte er sich zusätzlich zu seinen Pflichten in der Schule als Kriegsfreiwilliger im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. Dessen Direktor Bernhard Harms beantragte für ihn im Juni 1916 eine vierzehntägige Beurlaubung für ein Projekt im Auftrag des Großen Generalstabs über die wirtschaftliche, politische und wirtschaftliche Lage Frankreichs und Italiens.[76] All dies hinderte Oberfohren jedoch nicht an seinen schon zuvor üblichen bemerkenswert umfangreichen Aktivitäten: Manuskripte schreiben, landauf, landab Reden halten[77] und in den Vorstand der

69 NW Nr. 29 vom 20.7.1916 (Lehnsen, Ausschüsse für Friedensziele).
70 NW Nr. 33 vom 30.8.1916 (Im Sinne des deutschen Volkes). Zu den hier angedeuteten Zusammenhängen vgl. die dichte Analyse von Stegmann, Vaterlandspartei, besonders S. 52-75.
71 NW Nr. 34 vom 10.9.1916 (Aufruf!).
72 Zur Entwicklung der Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein siehe detailliert Stegmann, Vaterlandspartei, S. 57 ff.
73 NW Nr. 34 vom 10.9.1916 (Aufruf!). sowie Nr. 33 vom 30.8.1917 (Nordmarken-Versammlung für einen deutschen Frieden).
74 Bundesarchiv Berlin, ADV Nr. 177a, Fahrt von Dr. Hopfen nach Holstein 1917, 20.6.1918.
75 Ernst Oberfohren, Jean Bodin und seine Schule. Untersuchungen über die Frühzeit der Universalökonomik, Kiel 1914. Im Jahr darauf erschien in der von Bernhard Harms herausgegebenen Reihe „Probleme der Weltwirtschaft": Die Idee der Universalökonomie in der französischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur bis auf Turgot, Jena 1915. Diese Schrift kündigte mit Stolz NW Nr. 32 vom 30.8.1915 an.
76 StA Kiel 29287, Direktor des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an Provinzial-Schul-Kollegium, 16.6.1916.
77 Nur ein Beispiel dafür NW Nr. 19 vom 10.4.1917 (Versammlungen).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 127

Nord-West

Deutsch- und Freikonservative Zeitschrift

Nord-West erscheint zum 10., 20. und 30. jedes Monats und kostet durch die Post bezogen 75 Pfg. inkl. Bestellgeld vierteljährlich. Unter Kreuzband 1 Mk. vierteljährlich. — **Anzeigen** aus der Provinz Schleswig-Holstein 25 Pfg., von auswärts 30 Pfg. für die zweigespaltene Kleinzeile.

Geschäftsstelle: **O. Kavens Buchdruckerei** (Inh. Herm. Sönksen), **Plön.**

Nachdruck sämtlicher Artikel mit Quellenangabe gestattet.

Nummer 2 | Mittwoch, den 20. Oktober 1915 | 5. Jahrgang

Heil dem Hohenzollernhause!

Am 18. Oktober ist ein halbes Jahrtausend verflossen, seitdem der erste Hohenzoller, dem Kaiser Sigismund kurz vorher — am 30. April 1415 — die Mark und die Kur übertragen hatte, in Berlin als Kurfürst festlich empfangen wurde. Am 21. Oktober konnte Friedrich II., Burggraf von Nürnberg, nunmehr Friedrich I. als Markgraf und Kurfürst von Brandenburg die allgemeine Erbhuldigung als rechter Erbherr entgegennehmen. Wer die Bildsäule des ersten Kurfürsten an der Front des Berliner Rathauses sieht, der könnte wohl meinen, daß Friedrich I. im Eisenpanzer ein harter Kriegsmann gewesen. In Wahrheit hätte dieser „schlichte Amtmann Gottes an dem Fürstentum", der sich der unzureichenden Rüstung seines Heeres und der gefährlichen Macht der hussitischen Gegner bewußt war, lieber als Friedensstifter gewirkt. War er auch nicht vom Schlachtenglücke begünstigt, so gelang es ihm doch, am Cremmer Damm, bei den Belagerungen der Quitzowschen Burgen und bei Angermünde seine Feinde niederzuwerfen. „De Gryffen hadde de Flögel verlare, de Adler schwewete darbowen" — so sang nach dem Sieg bei Angermünde der Schmiedeknecht Köne Fincke, den Wildenbruch in seinen „Quitzows" wieder entdeckt hat. Ohne Zweifel hatte Friedrich I. seine fürstliche Aufgabe auch in ihrer nationalen Bedeutung erfaßt. Ist doch von ihm überliefert, wie er im Königsgericht darauf drang, daß deutsche Prozesse auch nach deutschem Recht und in deutscher Sprache geführt würden.

Wenn aus der kleinen Mark Brandenburg das blühende, große Königreich Preußen, das mächtige deutsche Kaiserreich geworden ist, so darf man nimmer vergessen, daß wir diese beispiellose Schicksalsfügung nächst dem himmlischen Herrn nur unseren Fürsten, den Hohenzollern zu verdanken haben. Ob wir auf den Großen Kurfürsten oder auf Friedrich den Großen verweisen, ob wir uns die Ruhmestaten unseres Heldenkaisers Wilhelm I. vor Augen halten, oder auf unsern gegenwärtigen herrlichen Landesvater schauen — Brandenburg, Preußen und ganz Deutschland sind unter den Fittichen des Hohenzollernaars immer geborgen.

Im Jahre 1815 verknüpfte sich in den letzten Oktobertagen die Feier der vierhundertjährigen Verbindung unseres Herrscherhauses mit den

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 128

Kieler Ortgruppe der konservativen Partei vorrücken.[78] Seinen Radius dort vergrößerte er im Oktober 1916 noch einmal, als er nach Lehnsens Weggang dessen Position als Schriftleiter bezog. Es gab kaum ein Feld, das er in dieser Funktion nicht beackerte. Das reichte von der Landwirtschaft, deren gegen die agrarische Zwangswirtschaft gerichtete Interessen er unermüdlich verteidigte und mit einem Hauch von Rationalität versah[79], bis hin zu den vom rechten Lager anvisierten Kriegszielen, was parallel lief mit dauerhaft betriebener Werbung auf den verschiedenen lokalen Ebenen für die Vaterlandspartei.[80] In dem Maße wie im Reichstag die Sozialdemokratie, der Linksliberalismus und das Zentrum zusammenfanden und eine Resolution für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen verabschiedeten, wurden die Töne in der deutschen Innenpolitik rauer. Das war auch in „Nord-West" zu beobachten. An der Seite von Oberfohren schrieb nun, allerdings ohne Status als Redakteur, der Antisemit[81], Kollege und antifeministische Mitstreiter Ludwig Langemann. Im Blatt profilierte er sich rasch als Mann für ausgreifende Probleme, der 1916 noch einmal seine Überzeugung kundgetan hatte, dass die Frauenemanzipation „das Mark der Völker" verzehre.[82] Im Januar 1917 ließ er sich über die „Einheitlichkeit der inneren und äußeren Politik" aus, ein Artikel, in dem er leise Kritik an der föderalistischen wie an der konfessionellen Struktur des Reiches übte. Gegen den am Ideal des Individualismus hängenden Liberalismus gewandt, müsse die Grundfrage, gewissermaßen als „Leitstern", lauten: „Was hat der Staat, der den Menschen erst zum Menschen macht, um seines Fortbestehens und Gedeihens willen von jedem Einzelnen zu fordern?"[83] In dasselbe Horn stieß Langemann zwei Nummern später, als er über die „Bedeutung einer starken Monarchie" räsonierte. Kein Zweifel, dass diese ein „unschätzbares Gut" sei, ein Bollwerk gegen „Klassen- und Parteikämpfe", das von einem parlamentarischen Regiment „stark erschüttert" werde. Der Deutsche benötige, so das Fazit, „zum Vorwärtskommen" die „kräftige Hand großer Führer".[84] England hingegen mit seiner „aristokratisch-plutokratischen Oligarchie" wolle die „Vernichtung der deutschen Macht" durch „Demokratisierung", durch Unterminierung der im Kaiserreich herrschenden überlieferten Ordnungen.[85]

Dass Friedrich Naumanns[86] Mitteleuropa-Buch bei den Konservativen Unmut hervorrief, nicht zuletzt, weil es agrarische Belange tangierte, versteht sich von selbst. Den Kammerton setzte hier Oberfohren, der nicht nur die Interessen der Landwirte verteidigte, was er immer tat[87], sondern auch – unter Berufung auf den evangelischen Theologen Julius Kaftan – beklagte, dass eine Mitteleuropäisierung die Schwächung des preußischen Protestantismus und die Stärkung des – süddeutschen – Katholizismus nach sich ziehen würde, mithin eine Verschiebung der inneren kulturellen und bundesstaatlichen

78 Wenige Informationen über Oberfohren vor 1918, aber nicht die hier vorgetragenen, bietet der ansonsten instruktive Aufsatz von Peter Wulf, Ernst Oberfohren und die DNVP am Ende der Weimarer Republik, in: Erich Hoffmann und Peter Wulf (Hrsg.), „Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 165-187.

79 Als Beispiel vgl. Oberfohrens Rede auf der Provinzialversammlung des BdL: NW Nr. 11 vom 20.1.1917.

80 Als Beispiel Oberfohren auf einer Tagung des Wagrischen landwirtschaftlichen Vereins im ostholsteinischen Lensahn am 7.11.1917: NW Nr. 5 vom 20.11.1917 (Versammlungen).

81 Vgl. Ludwig Langemann, Der deutsche Zusammenbruch und das Judentum, München 1919. Siehe auch Susann Omran, Frauenbewegung und„ Judenfrage". Diskurse um Rasse und Geschlecht nach 1900, Frankfurt a.M. 2000, S. 396 ff.

82 Langemann/Hummel, Frauenstimmrecht, S. 156.

83 NW Nr. 10 vom 10.1.1917 (Langemann, Die Einheitlichkeit der inneren und äußeren Politik).

84 NW Nr. 12 vom 30.1.1917 (Langemann, Die Bedeutung einer starken Monarchie in Deutschland).

85 NW Nr. 16 vom 15.4.1918 (Langemann, Kann das Deutsche Reich parlamentarisch regiert werden?).

86 Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915. Für Naumann war ein „mitteleuropäischer Bund" das Gebot der Stunde. „Im Kern" werde er deutsch sein, mit Deutsch als lingua franca. In Zukunft müsse jedoch den sich anschließenden Völkern deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als zuvor. Die Konstruktion eines mitteleuropäischen Staatenbundes mit Deutschland als Hegemonialmacht würde allerdings die handelspolitischen Verhältnisse zuungunsten der Landwirtschaft verschieben. Denn die Ungarn produzierten Getreide billiger als ihre deutschen Konkurrenten, die dadurch preispolitisch unter Druck geraten würden (Zitate auf S. 4 und 101).

87 Vgl. als ein Beispiel NW Nr. 21 vom 30.4.1916 (Oberfohren, Die Stellung der deutschen Landwirtschaft zur Frage eines Zollbündnisses zwischen den Zentralmächten).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 129

Verhältnisse.[88] Weit entfernt von konfessionspolitischer Furchtsamkeit, aber im Sinne konservativer Bestrebungen gewichtete die Mitteleuropa-Problematik ein Autor, der nicht zu den regelmäßigen Beiträgern von „Nord-West" zählte, der Volkswirt und Publizist Karl Nuese aus Berlin-Zehlendorf. Dieser hatte 1916 ein Poem verfertigt, dessen erste Zeile von der Gewissheit lebte: „Führer brauchst Du, Volk so stark". 1918 mokierte er sich, was in konservativen Kreisen nicht ungewöhnlich war, über den „Fluch der Ausländerei", und am Beginn desselben Jahres verfasste er eine Denkschrift über die Sicherung der Ernährung in Österreich und die daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen für Deutschland. Diese Papiere schickte er im Juni 1918 an Wolfgang Kapp, den Mitgründer der Vaterlandspartei, mit „deutschvölkischem Gruße".[89] Mitteleuropa hatte für Nuese, wie er im Februar 1917 die Leser von „Nord-West" wissen ließ, bereits eine „gewaltige Ausdehnung erfahren". Dahinter verbargen sich die von den Mittelmächten eroberten Territorien in Ost und West. In dieser Perspektive erübrigten sich daher Erörterungen über Sinnhaftigkeit und weitere Ausdehnungen. Für den Autor war jedoch klar, dass Mitteleuropa, jenes „Herz des alten Kontinents", über sich „hinauswachsen" werde, „über Länder und Meere", wie es hieß, nach der erfolgreichen Okkupation allerdings nicht mehr durch „Eroberung und Unterjochung", sondern „im friedlichen Wettbewerb mit den Waffen der Kultur und des menschlichen Fleißes". Aus einer Frucht des Krieges, war der Autor überzeugt, werde ein „Hort des Friedens und des Fortschritts".[90]

Derartige Träume von deutscher Hegemonie auf dem Kontinent, vollbracht und gesichert in Eintracht mit den Verbündeten, mochte man zu Beginn des Jahres 1917 noch für realitätstauglich halten, aber der Kriegseintritt der USA stand ebenso bevor wie die Revolution in Russland. Und wie man ein mitteleuropäisches Großgebilde organisieren und zusammenhalten wollte, blieb offen. Im April beschwor Oberfohren darüber hinaus ein in sich geschlossenes Kolonialgebiet in Afrika, obwohl selbst einem eingefleischten Konservativen bewusst sein musste, dass die ehemals vom Reich beherrschten Territorien weitgehend verloren waren. Auch die Vision, nach dem Krieg „Kolonialpolitik im großen Stil" zu betreiben, war auf Sand gebaut.[91] Die „schwachmütige Friedensresolution" der Reichstagsmehrheit vom Sommer 1917 mochte man ablehnen[92], und mit der – einstweilen nicht absehbaren – Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ließ sich ein bedrohliches Übergewicht der „handarbeitenden Klasse" an die Wand malen.[93] Im August 1918 musste man jedoch eingestehen, dass die Lage an den Fronten ungünstig geworden war und „wesentliche Verschiebungen" nur unter „unverhältnismäßig hohen Opfern" möglich seien. Gleichwohl erschien die Stimmung in Deutschland „kleinmütig".[94]

Noch in der zweiten Septemberhälfte sah Oberfohren im Dreiklassenwahlrecht ein unverbrüchliches Element der „Stärke und Unüberwindlichkeit".[95] Einen knappen Monat später waren die Hoffnungen allerdings verflogen. Mit der Berufung des Kabinetts

88 NW Nr. 9 vom 30.12.1916 (Oberfohren, Wollen wir wirklich aus Deutschen Mitteleuropäer werden?). Die Schrift, auf die er sich bezog: Julius Kaftan, Wollen wir wirklich aus Deutschen Mitteleuropäer werden? Berlin 1916.

89 Geheimes Staatsarchiv Berlin, HA VI, Nl Kapp Nr. 937, Karl Nuese an Kapp, 27.7.1918. Die Titel der eingereichten Schriften lauteten: Volk und Führer, 1916; Der Fluch der Ausländerei, 1918; Die Sicherung der Ernährung der Mittelmächte durch gemeinsame Aufbringung. Österreichs Not und ihre Lehren, Herbst 1918.

90 NW Nr. 15 und Nr. 16 vom 28.2. und 10.3.1917 (Karl Nuese, Die Stellung der Mittelmächte im zukünftigen Europa).

91 NW Nr. 16 vom 15.4.1918 (Oberfohren, Zukunftsaufgabe deutscher Kolonialpolitik).

92 NW Nr. 30 vom 30.7.1917 (Rückschau).

93 NW Nr. 29 vom 20.7.1917 (Rückschau).

94 NW Nr. 24 vom 15.8.1918 (Ex oriente lux?).

95 NW Nr. 26 vom 19.9.1918 (Oberfohren, Schutz und Erhaltung von Krone und Dynastie).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 130

Max von Baden und der Hereinnahme von Parlamentariern in die Reichsleitung war es an der Zeit, „mit tiefem Schmerz“ Abschied zu nehmen „vom alten Preußentum und vom konstitutionellen König- und Kaisertum“.[96] Das freilich hieß nicht, dem eigenen Glauben abzuschwören, für das Reich eine „gefestigte und erweiterte Stellung im Weltstaatenkonzert“ erringen zu wollen. Am Scheitern derartiger Wolkenkuckucksheime waren für die Redaktion von „Nord-West“ nicht eigene Defizite in der Beurteilung der Lage schuld, sondern die „politische Leitung“ mit ihrer Verzichtsbereitschaft. Sie habe sich als „zu schwach und zu unfähig und zu unentschlossen“ erwiesen.[97] Zwar waren ein paar leise Töne zu hören, man sei bereit zur Mitarbeit an der Gestaltung einer neuen Ordnung, aber verantwortlich für das Unheil, das über Deutschland hereingebrochen sei, war in den Augen der schleswig-holsteinischen Konservativen der Abfall der Bundesgenossen, außerdem die „Zersetzung der Manneszucht in der Armee und Marine und in der Heimatfront“. Die „tieftraurigen Ereignisse“ in den Tagen des Novembers wurden als „Werk einer Minderzahl“ qualifiziert.[98] Von dieser Interpretation war der Weg zur Dolchstoßlegende nicht mehr weit, der sich die Nachfolgepartei, die Deutschnationalen und ihre Klientel alsbald verschrieben. Gestützt auf dergleichen Realitätsverweigerung war jedoch die Chance zur Kooperation mit den Kräften der Demokratie schon sehr früh verschüttet.

Ausblick: Antisemitismus. Die Deutschkonservativen hatten sich 1892 mit dem „Tivoli-Programm“ einen antisemitischen Anstrich gegeben, der durch die Kooperation mit dem BdL noch verstärkt wurde. Von der „überwiegend schädlichen Wirkung der Juden“ auf das deutsche „Volksleben“ hatte auch Anfang der 1890er Jahre das „Konservative Handbuch“ gesprochen.[99] Man hätte also annehmen dürfen, dass „Nord-West“ als Organ des schleswig-holsteinischen Verbandes der Frei- und Deutschkonservativen der sogenannten Judenfrage einen erkennbaren Stellenwert einräumte. Das jedoch war nicht der Fall, obwohl sich die Zeitung im Krieg zunehmend weiter nach rechts orientierte und die gouvernementale Loyalität seit 1917 immer mehr aufkündigte. Dennoch sucht man antisemitische Agitation vergebens. Gewiss, von der Überlegenheit des Christentums war man ohne Wenn und Aber überzeugt[100], systematisch argumentierende Artikel zur Rolle der Juden waren indes Ausnahme, nicht Regel. Der einzige hier hervorstechende Beitrag erwähnte zwar Juden mit keinem Wort, aber jeder, der lesen konnte, musste erkennen, worauf die Argumentation zielte. Denn vorgeschlagen wurde von einem anonym bleibenden Professor, den die Redaktion als „vortrefflichen Landsmann“ einstufte, die Gründung einer „deutschvölkischen Zeitung“, um auf die in der Bevölkerung sich mehrenden Stimmungen zweckdienlich reagieren und die Einheit von „Deutschtum und Christentum“ mit täglicher journalistischer Praxis untermauern zu können.[101]

96 NW Nr. 28 vom 15.10.1918 (Die Regierung des Friedensangebots).
97 NW Nr. 30 vom 15.11.1918 (Die Umwälzung).
98 NW Nr. 30 vom 15.11.1918 (Deutschlands Zukunft).
99 Konservatives Handbuch, 2. umgearbeitete und vermehrte Aufl. Berlin 1894, S.23 (Artikel Antisemitismus).
100 NW Nr. 12 vom 27.1.1915 (Lehnsen, Christentum und Deutschtum).
101 NW Nr. 22 vom 20.5.1915 (Eine deutschvölkische Zeitung).

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 131

Daraus wurde nichts, was ein Indiz sein mochte für den Niedergang der antisemitischen Bewegung in der Provinz.[102] Die Zurückhaltung schlug nach der Revolution allerdings schlagartig um. Nun ließ man im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) seinen Aversionen gegen die Juden freien Lauf. Im Juli würdigte „Nord-West" eine breit angelegte „Gemeinschaft der deutschvölkischen Bünde", welche die Redaktion als Chance zur inneren „Gesundung" würdigte: „Tausende haben diese Vereinheitlichung ersehnt; möchte das begonnene Werk zum Segen unseres Volkes fortschreiten und sich auswirken."[103] Diese Auffassung wurde gut einen Monat später komplettiert durch die strikte Ablehnung, in der Judenfrage „Neutralität" zu wahren: Die DNVP, hieß es, erachte dies als „unvereinbar" mit ihrem „Bestreben, dem Volk im schärfsten Kampfe gegen den Internationalismus jeder Art und Richtung das Empfinden für echt deutsches Wesen wiederzugeben".[104]

Für die wachsende Rolle des Antisemitismus in der DNVP spricht, dass sie in ihrem Programm von 1920 die Abwehr des „zersetzenden undeutschen Geistes" proklamierte, gleichviel ob bei den Juden oder den Linken beheimatet.[105] Für eine solche Entwicklung liefert „Nord-West" vielfältiges Anschauungsmaterial, auch für die innerparteilichen Kontroversen über den Stellenwert des Völkischen im Leben der Partei. Das soll hier nicht weiter ausgebreitet werden. Ein Zitat, das die Ebene illustriert, auf der die Deutschnationalen, auch und vor allem deren Provinzialverband in Schleswig-Holstein, operierten, soll unsere Abhandlung beschließen. Im Januar 1922 war mit charakteristischer Untertreibung im Titel „etwas zur Judenfrage" zu lesen. Darin wurde diese als „eines der wichtigsten Probleme" klassifiziert, welche das deutsche Volk zu lösen habe. Dem „jüdischen Machtstreben" müsse, lautete die Konsequenz, „die sachliche, aber energische Abwehr aller wahrhaft Deutschfühlenden" entgegengestellt werden. Der Staat habe „die Pflicht", gegen das „Überhandnehmen des Judentums" geeignete Maßnahmen zu ergreifen: unter anderem den „Abschluß gegen das Ostjudentum" oder die statistische Erfassung des Anteils von Juden an den Staatsämtern und in den einzelnen Berufszweigen. Das deutsche Volk wiederum habe die Aufgabe, „die Juden in geistiger, politischer und wirtschaftlicher Beziehung nicht zu unterstützen". Wenn diese Form eines „geistigen Antisemitismus" sich auszahle, wenn die Deutschen „wahrhaft deutsch" fühlten, dann sei die drohende Gefahr zu bannen: „So – aber auch nur so – können wir das Problem Judenfrage lösen."[106] Das war – 1922 formuliert – in der Sache recht nah den Denk- und Agitationshorizonten der Nationalsozialisten, die 1933 damit begannen, solche Maximen in die Tat umzusetzen. Man muss die Äußerungen in „Nord-West" nicht eins zu eins als Vorstufe einordnen, aber Wege geebnet, Ressentiments geweckt, bestätigt und geschärft haben sie allemal.

102 Zum organisierten Antisemitismus in der Provinz vgl. Kurt-Gerhard Riquarts, Der Antisemitismus als politische Partei in Schleswig-Holstein und Hamburg 1871-1914, Diss.phil. Kiel 1975.

103 NW Nr. 45 vom 1.7.1919 (Eine Gemeinschaft der deutschvölkischen Bünde).

104 NW 48 vom 15.8.1919 (Die Deutsche Volkspartei und die Juden).

105 Zit. nach Daniela Gasteiger, Kuno von Westarp (1864-1945). Parlamentarismus, Monarchismus und Herrschaftsutopien im deutschen Konservatismus, Berlin 2018, S. 189. Vgl. auch Maik Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition" und dem „Willen zur Macht". Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918-1928, Düsseldorf 2011, bes. S. 124-158.

106 NW Nr. 2 vom 14.1.1922 (Etwas zur Judenfrage)

04 Flemming.qxp_04 Wieske 13.04.22 17:42 Seite 132